

Editorial

Liebe KollegInnen, liebe FreundInnen,
liebe LeserInnen der Stadtzeitung der DKP Frankfurt am Main,

mit dieser Extra-Ausgabe zum Thema Gesundheit und Pflege wollen wir uns mit den KollegInnen in der Pflege solidarisieren und unseren Beitrag zum Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und insgesamt für ein gerechteres Gesundheitssystem leisten.

Wir wollen an dieser Stelle auf eine Petition der KollegInnen aus dem UKF hinweisen. Die Petition „Wichtiger denn je - bessere Arbeitsbedingungen an der Uniklinik Frankfurt!“ (<http://chnng.it/tPZ8xYS9pb>) fordert dabei unter anderem eine monatliche Erbschwerniszulage von 500€, erhöhte Schutzmaßnahmen und ausreichend Ruhezeiten. Forderungen, denen wir uns nur anschließen können!

Dabei sind die Probleme am Uniklinikum Frankfurt kein Einzelfall, nicht einmal eine Seltenheit – sondern trauriger Normalzustand in den Kliniken der Republik. Überall fehlt es an Geld, an Personal, an Material und Schutzausstattung und an Covid-19-Tests. Privatisierungen und chronische Unterfinanzierung durch die beständigen Sparmaßnahmen seitens der Regierung haben uns in den letzten Jahrzehnten in diese missliche Lage gebracht. Bei der Rettung von Banken, Volkswagen, Lufthansa und Co. spielt das Geld dann plötzlich keine Rolle mehr. Einmal mehr ein klarer Beweis dafür, wo die Prioritäten der Regierung liegen.

Die DKP protestiert gegen diese Zustände und fordert:

- **Volle Lohnfortzahlung oder Ersatz des Verdienstaufschlags für alle abhängig Beschäftigten und kleinen Selbstständigen, die aufgrund des Coronavirus ihre Einnahmen verlieren.**
- **Sofortiger Ausbau des Gesundheitswesens, sofortige qualifizierte Ausbildung von Personal**
- **Schaffung von zusätzlichen, sozialversicherungspflichtigen und gut bezahlten Arbeitsplätzen.**
- **Rückabwicklung von Privatisierungen auf Kosten der Krankenhauskonzerne.**
- **Staatliche Kontrolle der Pharmaindustrie unter Einbeziehung der Gewerkschaften.**
- **Die Kosten für die Bekämpfung der Pandemie sind durch die Konzerne zu tragen sowie durch eine massive Kürzung der Rüstungsausgaben.**

Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen, kämpfen wir für unsere Rechte!

Euer Redaktionskollektiv der Frankfurter Stadtzeitung



Klatschen hilft nicht

Die SDAJ Frankfurt führte ein Interview mit Güli Batan, einer langjährigen Beschäftigten am Uni-Klinikum Frankfurt, zu ihrer Arbeit, der Pandemie und dem „Dankeschön“ der Politik. Die Stadtzeitung dankt für die Möglichkeit es hier zu veröffentlichen.

Red: Viele PolitikerInnen loben euch momentan haushoch für eure Arbeit. Was hältst du davon?

GB: Sie haben warme Worte für uns, loben mit einem „Dankeschön“ – wir aber haben mehr verdient. Leider wird das Gegenteil getan: Sie verarschen uns. Wir arbeiten 12 Stunden am Tag im Covid-19 Zentrum, um die Personallücke zu schließen. Dabei braucht sich keiner zu wundern, wenn wir ausgepowert sind – wir sind Menschen, keine Roboter! Loben alleine reicht nicht, die Politiker müssen den Pflegeberuf attraktiver machen, end-

lich etwas für das Volk tun. Momentan haben wir personalisierte Masken, die wir über den ganzen Tag verwenden müssen, wir brauchen mehr. Wir alle sind es wert, dass wir nach jedem Patienten eine neue Maske aufsetzen können - ihrer Pflicht zur Beschaffung kommt die Politik nicht nach. Ein „Danke“ reicht nicht: Wir brauchen bessere Bedingungen, bessere Löhne und eine Gefahrenzulage!

Red: Die Lage war schon vor der Pandemie angespannt, wie ist es aktuell?

GB: Meine KollegInnen sagen mir, auf Dauer halten sie das nicht aus. Ich habe auch schon einen 24-Stunden-Dienst geleistet, ein weiterer steht an. Ich muss beobachten, inwiefern uns diese Bedingungen krank machen. Soll Herr Spahn mal zeigen, wie er eine 24-Stunden-Schicht meistert...

Red: Das Gesundheitssystem wurde in den letzten Jahren massiv privatisiert und Fallpauschalen eingeführt, wie hat sich das auf

Fortsetzung von S. 1

eure Arbeit ausgewirkt?

GB: Fallpauschalen sind nicht patientenorientiert. Wir wollen für die Menschen da sein, sie gesund machen. Wenn es um Einsparungen geht, geht es als Erstes an das Personal: Was zwei leisteten, macht heute einer, einfach unmenschlich. Diese „Reform“ hat unser System, schon vor Corona, kaputtgespart. Übermüdet merken heute viele, dass in diesem System etwas nicht stimmt.

Red: Was kann man gegen diese Missstände tun?

GB: Ich weiß, dass viele Menschen auf unserer Seite sind, aber Klatschen hilft nicht. Deswegen schlage ich vor: Setzt euch für uns ein, geht auf die Straße! Beim letzten Streik haben zwei ehemalige Patienten aus Solidarität mitgestreikt.

Red: Hast du eine Botschaft an deine KollegInnen?

GB: Ja, habt keine Angst! Macht den Mund auf und bringt eure Erfahrungen an die Öffentlichkeit!

Red: Wir danken Dir für das Gespräch



Impressum:

Herausgeber: DKP Frankfurt/M
V.i.S.d.P. B.Lautermilch
c/o Hansteinstr. 4, 60318 Ffm.
info@dkp-frankfurt.de
www.dkp-frankfurt.de
facebook: https://www.facebook.com/DKP-Frankfurt-am-Main-248610719421509/
Bankverbindung: Postbank Ffm.
IBAN: DE07 5001 0060 0194 0276 03

Wertschätzung in Krisenzeiten

Die Helden des Corona-Alltags sind aktuell omnipräsent. Rhetorisch geschickt verpackt überhäufen die politischen Gesichter dieser Krise die Angestellten im Gesundheitsbereich mit Lob und Durchhalteparolen. Mittels des Erlasses des COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetzes zeigt sich die Bundesregierung tatenwillig, dem Gesundheitssystem bei der Krisenbewältigung finanziell unter die Arme zu greifen. Das Gesetz beinhaltet eine Bonuszahlung von 50.000 € für jedes neu geschaffene Intensivbett in Krankenhäusern. Obendrauf gibt es vom Staat für jedes nicht belegte Bett eine Tagespauschale von 560 €. Durch die Verschiebung von planbaren Operationen können Krankenhäuser freie Betten schaffen und so die Bonuszahlungen einstreichen. Laut der Krankenhausgesellschaft NRW könnte jeder zweite Eingriff verschoben werden. Das Bundesgesundheitsministerium rechnet im Zuge des Gesetzes mit einer Mehrbelastung des Bundeshaushalts von etwa 2,8 Milliarden Euro. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass dieses Geld denen zugutekommt, die schon ewig Alarm schlagen und seit Jahren unter dem Personalmangel und der Unterfinanzierung im Gesundheitswesen leiden. Wie gut das Geld bei den Angestell-



ten ankommt, sieht man am Beispiel der Asklepios-Kliniken-Gruppe. Hier werden aktuell Mitarbeiter*innen in Kurzarbeit geschickt, um den Verlust, den die Klinik-Gruppe trotz staatlicher Zahlungen mit leeren Betten macht, zu kompensieren. Für die Betroffenen bedeutet das ein Verzicht auf 20% ihres Netto-Loh-

nes. Das sind schwerwiegende Einschnitte für Krankenpfleger*innen mit einem durchschnittlichen Brutto-Gehalt von knapp 2.300 €. Großartig, diese Wertschätzung! Da kann man nur hoffen, dass sich die Betroffenen mit den Lobgesängen und dem Applaus über Wasser halten können.

Das Problem wäre einfach zu lösen. An Geld scheint es dem deutschen Staat nicht zu mangeln. So träumt die Kriegsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer während der Corona-Krise von neuen atomwaffenfähigen Jagdbombern. Kosten sollen diese lediglich 8 bis 10 Milliarden Euro. Logisch, Prioritäten müssen vor allem in Krisenzeiten gesetzt werden. Blöd nur, dass es sich dabei nicht um unsere handelt.

Geld ist genug da, Zeit, es uns zu holen!

